

Übersetzung aus dem Russischen
STRENG GEHEIM!

Referat des Leiters der Delegation des MdI der VR Polen,
Genossen Brigadegeneral DANKOWSKI

Werter Genosse Vorsitzender, werte Genossen!

Gestatten Sie mir, den Dank der polnischen Delegation für die Möglichkeit der Teilnahme an dieser Tagung auszusprechen. Alle unsere Treffen sind ein sehr bedeutsames Element der Integration unserer Bruderorgane und bieten die Möglichkeit, sich mit den uns interessierenden Problemen vertraut zu machen sowie Erfahrungen und Informationen auszutauschen.

Unser letztes Treffen fand vor drei Jahren statt. Ich denke, daß dieser Zeitraum für uns alle eine Zeit komplizierter und verantwortungsvoller Arbeit und insbesondere in Polen eine Zeit harten Kampfes gegen den inneren und äußeren politischen Gegner war.

Gestatten Sie mir, werte Genossen, im Auftrag der Leitung unseres Ministeriums und persönlich des Mitglieds des Politbüros des ZK der PVAP, Genossen Waffengeneral Czeslaw Kiszczak, einen kommunistischen Gruß und die besten Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit zu übermitteln. Die polnische Delegation wird sich bemühen, Sie mit der aktuellen Lage im Kampf gegen die antisozialistische Diversion in Polen vertraut zu machen und gleichzeitig die Erfahrungen der Bruderorgane zu dieser Problematik maximal zu nutzen.

Die seit der Sofioter Tagung vergangenen drei Jahre waren für unsere Partei und unsere Staatsorgane eine Zeit intensiver Arbeit und des Heraustretens unseres Landes aus der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Krise.

Diese Zeit war auch gekennzeichnet von großen Aktivitäten unserer Organe, denen von der Partei die Aufgabe gestellt wurde, den politischen Gegner zu zerschlagen, die öffentliche Ordnung zu festigen und die Bedingungen für eine ruhige und effektive Arbeit zu gewährleisten. Dies war eine schwierige Aufgabe, doch wir können im Bewußtsein unserer Verantwortung sagen, daß sie in der notwendigen Art und Weise erfüllt wurde.

Die Erfahrungen aus der Zeit des Ausnahmezustandes und der letzten Jahre bestätigen die Richtigkeit der Konzeption der polnischen Kommunisten, die Probleme und gesellschaftlichen Widersprüche vor allem mit politischen Mitteln zu lösen. Die von den Sicherheitsorganen durchgeführten operativen Maßnahmen berücksichtigten die politischen Interessen des Staates und führten zur allmählichen Eingrenzung, Neutralisierung, Aufdeckung und Liquidierung feindlich-negativer Handlungen, die die staatliche Sicherheit beeinträchtigen. Als sehr nützlich für uns erwiesen sich die Beschlüsse der vorigen Beratung, die richtungsweisend für die Tätigkeit der polnischen Staatssicherheitsorgane wurden. Unter polnischen Bedingungen spürten wir in der Praxis, daß die Einheit und die gemeinsamen Handlungskonzeptionen der Bruderorgane für uns eine effektive Hilfe in der Bekämpfung des politischen Gegners waren.

Gestatten Sie daran zu erinnern, daß die Entwicklung der gesellschaftspolitischen Lage in Polen zu Beginn der 80er Jahre durch zunehmende Aggressivität der konterrevolutionären Kräfte gekennzeichnet war. Infolge dessen war es notwendig, den Ausnahmezustand zu verhängen. Die am 13. Dezember getroffene Entscheidung bot die Möglichkeit, die Konterrevolution zu zerschlagen, eine Zersetzung der politischen und administrativen Strukturen des Staates zu verhindern und den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten. Die Zeit des Ausnahmezustandes wurde dazu genutzt, um die Autorität und die Tätigkeit der Partei wiederherzustellen, ihre Positionen auf allen Leitungsebenen, besonders in den Be-

trieben, zu festigen sowie das Vertrauen der sozialistischen Staaten gegenüber Polen allmählich zurückzugewinnen und das wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Gleichgewicht unseres Landes in der Welt wiederherzustellen. Es wurde eine Reihe von Beschlüssen zur Normalisierung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse gefaßt. Aufgelöst wurde die sogenannte unabhängige selbständige Gewerkschaft "Solidarnosc", womit Voraussetzungen zur Bildung neuer Klassengewerkschaften geschaffen wurden, die heute 7 Millionen Mitglieder zählen.

Geregelt wurde die Tätigkeit der gesellschaftspolitischen Organisationen, darunter der Gesellschaften und Vereinigungen der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz. Es wurden auch strenge Maßnahmen eingeleitet, um das Marktgleichgewicht der Wirtschaftsreform zu wahren. Zur Erfüllung dieser Aufgaben hatten die Sicherheitsorgane gemeinsam mit den anderen Staatsorganen die vollständige Kontrolle über die antisozialistischen Kräfte zu sichern und die öffentliche Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten.

Im Zuge der allmählichen Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung verlor der politische Gegner zunehmend die gesellschaftliche Basis für seine Tätigkeit. In Erfüllung der Aufgabenstellung von Partei und Regierung fügten die Sicherheitsorgane ihm eine bedeutende Schwächung seiner Kräfte und Mittel zu und entzogen ihm letztendlich die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Gesellschaft und der Schaffung von Unordnung und Spannungen im Lande.

Trotz der politischen und propagandistischen Vorbereitungen sowie der Unterstützung von westlicher Seite vermochte der Gegner nicht, den ordentlichen Verlauf der Wahlen zu den Volksräten 1. und 2. Ebene im Juni 1984 und in den Sejm im Oktober 1985 zu stören sowie die Atmosphäre im Lande in der Zeit der Durchführung des X. Parteitages der PVAP zu schädigen.

Im Laufe der letzten Jahre sahen sich die Sicherheitsorgane mit unterschiedlichen Formen der ideologischen Beeinflussung des sozialistischen Staates konfrontiert.

Liebe Genossen!

Ich möchte Ihnen unsere Einschätzung zu diesen Fragen darlegen und dabei auf folgende Schwerpunkte aufmerksam machen:

1. Der Einfluß der ideologischen Diversion des Westens auf unser Land und die polnische Öffentlichkeit;
2. Die Tätigkeit der inneren antisozialistischen Kräfte, darunter die feindlichen Aktivitäten des sogenannten Untergrundes und der anderen illegalen Organisationen;
3. Die oppositionelle Tätigkeit der Römisch-katholischen Kirche.

Seit unserem vergangenen Treffen hat sich die Politik der NATO-Hauptländer und insbesondere der USA in der Sphäre der ideologischen Diversion gegen die VRP insgesamt nicht verändert. Nach wie vor werden die Isolierung Polens in der internationalen Arena fortgesetzt, Wirtschaftsbeschränkungen angewandt und Versuche zur Aufrechterhaltung der politischen Spannungen im Lande unternommen. Der Westen gewährt den antisozialistischen Kräften im Lande eine aktive finanzielle, materielle und propagandistische Unterstützung.

Spricht man über die Bedrohung der Sicherheit unseres Landes, so ist dazu festzustellen, daß die gegnerischen Geheimdienste und die Zentren der ideologischen Diversion neben der traditionellen Spionage ihre Anstrengungen auf mehrere Schwerpunkte konzentrieren, wozu im einzelnen gehören:

- das Bestreben zur Aufrechterhaltung eines "Untergrundes" und insbesondere des "Provisorischen Koordinierungsausschusses", da er aus Prestige- und Taktikgründen gebraucht wird;
- materielle Hilfe und Anleitung für die Aktivitäten der Opposition und des "Untergrundes" im Lande;

- die Stärkung der traditionellen Zentren der reaktionären polnischen Emigration, insbesondere der Emigrantenstrukturen der "Solidarnosc";
- intensive Maßnahmen zur Anwerbung polnischer Bürger, die sich im westlichen Ausland aufhalten.

Nach wie vor nimmt den wichtigsten Platz in der subversiven Tätigkeit die polnische politische Emigration ein, besonders die Gruppen der alten Emigration, darunter die in der Emigration befindlichen politischen Parteien, die Polnische Emigration der Freien Welt, die Leitung des Kongresses der polnischen Emigration in Amerika und das sogenannte Londoner Zentrum. Diese Organisationen stehen in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und unterstützen sie aktiv in ihrer antipolnischen Politik. Hinterhältige Aktivitäten gehen von der sogenannten "Solidarnosc-Emigration" aus, die Anspruch auf die Rolle des wichtigsten subversiven Zentrums, das gegen unser Land tätig ist, erhebt. Ich möchte hervorheben, daß die von uns durchgeführten Maßnahmen zu einer wesentlichen Schwächung der Wirksamkeit der Emigrantenstrukturen der "Solidarnosc" geführt haben, die an Autorität selbst unter den antisozialistischen Kräften in Polen einbüßen.

Trotz der starken Finanzhilfe des Westens geht ihre Zahl allmählich zurück. Waren es 1982 - 1983 noch 24, so ging ihre Zahl 1984 auf 12 zurück, und derzeit bestehen noch 4 derartige Zentren.

Den aufgezählten Emigrantengruppen wurde von seiten anderer subversiver Zentren aktive Hilfe geleistet. Die wichtigsten von ihnen sind die polnischsprachigen Rundfunkstationen, insbesondere "Radio Freies Europa", die in starkem Maße antisozialistisches und anti-kommunistisches Gedankengut unter der polnischen Gesellschaft verbreiten. RFE erfüllt außerdem die Funktion eines Übermittlers der Konzeptionen, Beschlüsse und Richtlinien, die vom "Untergrund" herausgegeben werden, und popularisiert von ausländischen Journalisten und anderen Personen gesammelte tendenziöse Informationen.

Systematisch hetzt er die polnische Öffentlichkeit gegen die Partei, die Behörden und Sicherheitsorgane auf. Ihre antipolnischen und programmatischen Aufgaben erfüllen nach wie vor solche im Westen erscheinende Presseerzeugnisse wie die Pariser "Kultura" und "Kontakt", die Londoner "Plus" und "Anex" sowie die amerikanische "Pomost". Unabhängig davon wurden in der Zeit von 1983 bis 1986 im Westen neue subversive Zentren gegen Polen geschaffen, deren Hauptaufgabe in der Aktivierung und Unterstützung der antisozialistischen Opposition im Lande besteht, so beispielsweise das "Hilfskomitee der unabhängigen Kultur und Wissenschaft" unter Leitung von Milosz und die "Stiftung Solidarnosc". Verstärkt haben ihre Aktivitäten auch verschiedene staatliche und private Stiftungen, trotzkistische und zionistische Gruppen und nationalistische Emigrantenorganisationen, insbesondere die ukrainischen. In bezug auf Letztere ist es uns gelungen, gemeinsam mit den sowjetischen Genossen mehrere Emissäre mit feindlichen Materialien festzustellen und unschädlich zu machen.

Diversionshandlungen werden mit dem Ziel begangen:

1. - den Einfluß der polnischen politischen Emigration, die die stärkste Emigrantengruppe der sozialistischen Staaten bildet, zu stärken;
2. - die Tätigkeit und Entwicklung der antisozialistischen Kräfte im Lande, die in der VRP am stärksten im Vergleich zu den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft sind, zu fördern;
3. - eine Koalition der inneren und äußeren Oppositionellen zwecks Erhöhung der Wirksamkeit ihrer Arbeit zu bilden.

Entsprechend diesen Handlungen entwickelte sich die Hilfe für den inneren und äußeren politischen Gegner. Davon zeugen: Die wachsenden Investitionen der westlichen Geheimdienste, die technische Ausstattung und die in die VRP eingeschleuste staatsfeindliche Literatur, der Ausbau der Verbindungskanäle und anderer Formen der Kontakte.

Dem wirken wir entschlossen entgegen. Die in den letzten Jahren realisierten Operativvorgänge ermöglichten es, wesentliche Verbindungskanäle zu liquidieren bzw. in den Griff zu bekommen.

In den Jahren 1982 - 1986 wurden die Aktivitäten der ausländischen Diversionen zentren von den in unserem Land vorhandenen Agenten unterstützt. Wir stellten auch eine Verstärkung der Anwerbungsmaßnahmen und Aktivitäten von in Polen akkreditierten Diplomaten der NATO-Staaten fest. In diesem Zeitraum wurden von uns 32 Agenten westlicher Geheimdienste entlarvt und festgenommen.

Ich möchte nun zur Erörterung der Frage des Kampfes gegen den inneren Gegner überleiten und dabei hervorheben, daß seine Aktivitäten zwischen 1983 und 1986 bedeutend geschwächt und sein Einfluß und seine Möglichkeiten in einem solchen Maße begrenzt wurden, daß er nicht in der Lage war, ernste Störungen der öffentlichen Ordnung im Lande herbeizuführen.

Der politische Gegner ging nach seinen mißlungenen Versuchen zum Sturz der Staatsmacht mittels eines Generalstreiks (die sogenannte Konzeption "Mit einem Sprung") im Jahre 1983 zur Konzeption der allmählichen Demontage der Strukturen des Staates über (zum sogenannten "Langen Marsch"). Gemäß dieser Konzeption war geplant, in langjähriger Arbeit das gesellschaftliche Bewußtsein allmählich umzuformen und es auf den Sturz der Staatsmacht vorzubereiten. Was den "Untergrund" angeht, so kristallisierten sich drei grundlegende Strukturen heraus:

1. Der "Provisorische Koordinierungsausschuß", der sich auf sechs sogenannte Regionale Exekutivkomitees stützt, die ein Programm evolutionärer Umgestaltungen der Gesellschaftsordnung repräsentieren;
2. Die Gruppe "Kämpfende Solidarnosc", die sich in ihrer Tätigkeit auf 13 territoriale Gruppierungen stützt, eine Struktur von extrem antisozialistischem und antisowjetischem Charakter;

3. Sogenannte "politische Parteien", unter denen die gefährlichste die liberaldemokratische Partei "Unabhängigkeit" ist, die in ihrem Programm auch die Aufgabe des Sturzes der Staatsmacht stellt.

Fast völlig verloren haben ihre Bedeutung die anderen antisozialistischen Gruppen; die Einheit der Gruppierung des ehemaligen "Komitees für Öffentliche Selbstverteidigung" (KOR) und der sogenannten "Konföderation Unabhängiges Polen" wurde zerschlagen, und infolge unserer operativen Maßnahmen spaltete sie sich in zwei einander gegenüberstehende Gruppen. Ernstlich geschwächt wurde die staatsfeindliche Gruppierung mit der Bezeichnung "Bewegung Junges Polen", die jetzt nur noch eine abgesonderte kleine Gruppe oppositioneller Theoretiker darstellt, die in ihrem Umfeld an Bedeutung verloren haben.

Auf diese Weise wurde der Einfluß des inneren Gegners im politischen Überbau zurückgedrängt, wo sich die programmatisch-schöpferische Tätigkeit der oppositionellen Intellektuellen konzentriert. Die von den Sicherheitsorganen von 1983 bis 1986 durchgeführten administrativen Maßnahmen führten zur Auflösung der Gewerkschaften und wissenschaftlichen und kulturellen Vereinigungen, die keine Garantie für die Realisierung des sozialistischen Programms boten, was die Möglichkeit einer Normalisierung der Situation und der Reduzierung der Zahl von Personen mit staatsfeindlicher Gesinnung einräumte.

Die Mitglieder der Leitungen solcher Vereinigungen und Verbände wie der der Schriftsteller, Künstler, Journalisten, Schauspieler und Rechtsanwälte, die die Normalisierung der Lage im Lande boykottierten, wurden abgelöst. Im Ergebnis des Zusammenwirkens des MdI mit dem Ministerium für Hochschulwesen wurde das Hochschulgesetz außer Kraft gesetzt, das den gewählten Vertretungen der Hochschulen größere Vollmachten einräumte. In diesen Vertretungen befanden sich in erheblichem Maße oppositionelle Elemente und ehemalige Studentenvertreter des "Unabhängigen Studentenbundes". Es ist nicht

gelingen, alle Gefahrenmomente aus dem politischen Überbau zu bannen. Sie treten nach wie vor in Erscheinung, vor allem in Kreisen der Jugend, der Wissenschaftler und der Kulturschaffenden.

Die Hauptformen der staatsfeindlichen Tätigkeit dieser Personenkategorien sind:

1. Die Herausbildung und Entwicklung eines sogenannten illegalen unabhängigen Bewußtseins unter Nutzung der funktionierenden "Untergrund"kultur, -wissenschaft und -bildung;
2. Zusammenwirken mit einem Teil des reaktionären Klerus, der die Rolle eines Schutzherrn der sogenannten oppositionellen intellektuellen Elite spielt;
3. Aktives Zusammenspiel mit den westlichen Diversionen zentren mit dem Ziel, die polnische Kultur und Wissenschaft über die Landesgrenzen hinauszutragen;
4. Durchführung oppositioneller Aktivitäten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.

Gegen den inneren politischen Gegner, der seine Positionen in verschiedenen gesellschaftlichen Gremien besitzt, sowie gegen staatsfeindliche Gruppierungen, darunter den sogenannten "Untergrund", führen wir einen entschlossenen Kampf in propagandistischer, prophylaktischer und prozessualer Richtung bei wirksamer Einschränkung und Liquidierung der Feindtätigkeit. Etwa im Zeitraum des Ausnahmezustandes wurden ca. 1700 illegale Gruppen und 1300 polygraphische Punkte sowie fast 700 Druckereien liquidiert, wodurch mehr als 5 Millionen Flugblätter und ideologisch feindliche Schriften nicht zur Verbreitung gelangten. Im Zeitraum 1983 - 1986 wurden in bezug auf den Gegner Repressivmaßnahmen angewandt. Es wurden etwa 4400 Ermittlungsverfahren wegen aus politischen Motiven begangener Straftaten zum Schaden des Staates und seiner Wirtschaft eingeleitet. Sie betrafen etwa 8500 Personen, von denen 5300 inhaftiert wurden. Von wesentlicher Bedeutung für den Prozeß der Normalisierung der Lage in Polen war die Zersetzung

des sogenannten "Provisorischen Koordinierungsausschusses", aus dem zu verschiedenen Zeitpunkten 10 Personen ausgeschlossen wurden. Am 31. Mai 1986 wurde der Leiter dieser Organisation, Zbigniew Bujak, verhaftet. Auf diese Weise wurden die führenden Köpfe des "Provisorischen Koordinierungsausschusses" neutralisiert.

Eine Bestätigung für den geschwächten Einfluß des Gegners auf die Gesellschaft waren die erfolglosen Versuche, die Wahlen zu den Volksräten und in den Sejm zu boykottieren und öffentliche Unruhen im Zusammenhang mit dem Fall G. Przemysk und Popieluszko zu stiften. Es gab Versuche zur Organisierung von Gegendemonstrationen und anderen Zwischenfällen am 1. Mai 1986 sowie zur Sabotierung des Kongresses der Intelligenz und der Vorbereitungen auf den X. Parteitag der PVAP. Ungeachtet der von den ausländischen Diversionszentren und den staatsfeindlichen Gruppierungen im Lande unternommenen Anstrengungen zur Mobilisierung bedeutender Kräfte und Mittel vermochte es der politische Gegner nicht, die Normalisierung der Lage in Polen gefährdende feindliche Aktionen zu organisieren.

Gemäß unserer Einschätzung befindet sich der "Untergrund" gegenwärtig in einer ausweglosen organisatorischen und programmatischen Situation. Zur Zeit versuchen 62 Gruppierungen, jeweils aus 3 - 4 Personen bestehend, sich oppositionell zu betätigen, die sich jedoch unter der Kontrolle der Sicherheitsorgane befinden.

Diese Gruppen wirken in der Regel in großen Städten. Ihre Aktivitäten hängen von der materiellen und technischen Hilfe des Westens sowie der Unterstützung durch die katholische Kirche ab. Diese Gruppen sind bestrebt, die Möglichkeit des legalen Wirkens zu erhalten.

Nach den jüngsten Beschlüssen stand der "Untergrund" vor der Frage, die Tätigkeit konspirativ zu betreiben oder aus dem Untergrund herauszutreten und von legalen Positionen aus zu wirken. Die Gruppe

"Kämpfende Solidarnosc" hat erklärt, daß sie weiterhin konspirativ arbeiten werde.

Werte Genossen!

Ich möchte Sie über einige neue Erscheinungen der staatsfeindlichen Tätigkeit des inneren Gegners informieren. Die wichtigsten davon sind folgende:

1. Stärker als bisher wird der Kampf für den sogenannten "Schutz der Menschenrechte" in den Vordergrund gestellt. Diese Losungen tauchten 1984 im Zusammenhang mit dem Fall Popieluszko und der Bildung der sogenannten "Komitees zum Schutz der Gesetzlichkeit" auf. Diese Gruppen wurden im Ergebnis operativ-administrativer Handlungen im Frühjahr 1985 liquidiert;
2. Schaffung und Aktivierung sogenannter unabhängiger Friedensanhänger, hauptsächlich der Gruppe "Freiheit und Frieden". Die polnischen pseudopazifistischen Strukturen knüpfen Verbindungen mit ihresgleichen in den sozialistischen Ländern und mit der pazifistischen Bewegung im Westen. Sie setzen sich auch für die Aufhebung der Wehrpflicht und die Einräumung der Möglichkeit der Ableistung von Wehrrersatzdienst ein. Sie inspirieren die Nichtannahme der Wehrdienstausweise und fordern Veränderungen am Inhalt des Fahneneides. Diese Gruppe wählte als ihr Idol den Soldaten der deutschen Wehrmacht Otto Schimek. Wie von uns ermittelt wurde, war dieser 1944 als Deserteur erschossen worden. Unsere Sicherheitsorgane halten diese Gruppe operativ unter Kontrolle und schränken ihren Einfluß mit gesetzlich-administrativen Mitteln wirksam ein;
3. Es werden Versuche zur Vereinigung des nationalen "Untergrundes" unternommen und Möglichkeiten des Zusammenschlusses der polnischen staatsfeindlichen Gruppierungen mit oppositionellen Gruppen der anderen sozialistischen Staaten gesucht. Das langfristige Ziel dieser Handlungen besteht in der Bildung einer Koa-

lition der oppositionellen Kräfte in mehreren sozialistischen Staaten, um unter geeigneten Umständen zu gleicher Zeit einen gesellschaftlichen Konflikt herbeizuführen. Ein Beispiel der Bestrebungen zur Bildung einer übernationalen oppositionellen Organisation war der Vorschlag, eine Quartals-Zeitschrift unter der Bezeichnung "Neue Koalition" herauszugeben, die für alle Oppositionsgruppen in den sozialistischen Staaten ein Mittel zum Austausch politischer Ansichten wäre. Zunächst sollte die Zeitschrift in polnischer Sprache und dann auch in anderen Sprachen herausgegeben werden.

Nach der Schaffung des Redaktionskollegiums war die Wahl einer Gruppe von Personen vorgesehen, deren Aufgabe der Versuch sein sollte, in Zusammenarbeit mit den oppositionellen Gruppen in den anderen sozialistischen Staaten ein gemeinsames Programmdokument zu erarbeiten.

Im Oktober 1985 erschien die bislang einzige Ausgabe der Zeitschrift "Neue Koalition". Gedruckt wurde sie in Polen im sogenannten "unabhängigen Buchverlag". Seit dieser Zeit sind von dieser Seite keinerlei Aktivitäten zu verzeichnen.

4. Es sind Fälle von psychischem und physischem Terror zu verzeichnen mit dem Ziel der Einschüchterung von Mitgliedern der Partei und anderen Personen, die aktiv die Politik von Partei und Regierung unterstützen. Die Terrorhandlungen haben hauptsächlich folgende Gestalt:

- Zusendung von Todesurteilen;
- Bombendrohungen gegen verschiedene Institutionen;
- Brandstiftung an Wohnungstüren;
- provokatorische Zerstörung von Grabplatten verstorbener Persönlichkeiten und von Grabstätten gefallener Sowjetsoldaten des 2. Weltkrieges.

Bis jetzt sind bei uns noch keine Todesfälle zu verzeichnen, jedoch besteht eine derartige Gefahr. Eine Bestätigung dafür ist

der folgende Vorfall, der sich am 1. Mai in Krakow ereignete: Auf dem Dach eines Gebäudes in Krakow waren zwei Granatwerfer mit jeweils 9 Rohren installiert worden, die mit Granaten geladen waren, die Flugblätter und Tränengas enthielten. Dank der Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane wurden diese Granatwerfer am Vorabend des 1. Mai entdeckt und 11 Verantwortliche dieses verbrecherischen Plans ermittelt. Wäre es dem Gegner gelungen, die Granaten während der Demonstration abzuschießen, so hätte dies unter den 120 000 Teilnehmern eine Panik ausgelöst, bei der es mit Sicherheit auch Todesopfer gegeben hätte. Der Verhinderung und Vorbeugung derartiger verbrecherischer Anschläge widmen wir in unserer Arbeit besondere Aufmerksamkeit.

Ein bedeutsamer und die politische Feindschaft begünstigender Faktor ist die Römisch-katholische Kirche. Ihre Tätigkeit in den letzten Jahren zeichnete sich durch große Aktivität und vielfältiges Herangehen an die bestehende Realität aus. Ein Teil der Kirchenvertreter sprach sich für die Unterhaltung guter Beziehungen mit der Regierung aus, einige verhielten sich zu diesem Problem neutral und passiv, und andere bezogen offen unversöhnliche und staatsfeindliche Positionen. Während der gesellschaftlichen Unruhen trat die Kirche als Verteidiger der Menschenrechte auf und konnte damit ihre Autorität bedeutend festigen sowie die Formen der politischen und ideologischen Einflußnahme erweitern und bereichern. Zur wachsenden Bedeutung der katholischen Kirche in Polen trug auch die Wahl des polnischen Kardinals K. Wojtyla zum Papst bei.

Mit der Zeit hat die nichtreligiöse Tätigkeit eines Teils des Klerus deutlich zugenommen. Gleichzeitig kam es zu verstärkter Kritik an der Politik von Kardinal Glomp. Der Primas von Polen nimmt ebenso wie der Hauptteil des Episkopats eine gemäßigte Haltung ein und verfolgt eine Politik der Unterhaltung korrekter Beziehungen mit der Staatsmacht im Rahmen der Möglichkeiten, ohne die Atmosphäre im Lande anzuzehnen, wobei er zugleich die politisch negative Tätigkeit eines Teils des Klerus kritisiert.

Mit der Politik von Kardinal Glemp ist ein Teil der Kirchenhierarchie und des Klerus nicht vollkommen einverstanden. Sie verfügen über eine hohe Bildung und beherrschen vielfältige Methoden der politischen und soziologischen Einflußnahme auf die Gesellschaft in Polen.

Infolge dessen ist in den letzten Jahren ein Anwachsen des Fanatismus unter einem Teil der Gesellschaft zu verzeichnen, der besonders in Dörfern und Kleinstädten in Erscheinung tritt. Die religiös-fanatischen Stimmungen helfen einem Teil der reaktionären Kirche, die Opposition zu stützen und die Kirchen für staatsfeindliche Aktivitäten zu mißbrauchen.

Zur Unterstützung und Entfaltung politischer Feindseligkeit eines Teils des Klerus tragen folgende Faktoren bei:

1. Ideologischer und politischer Einfluß in Kreisen der Arbeiter, Bauern, Jugend und Intelligenz mittels persönlicher Verbindungen und Organisierung verschiedenartiger Maßnahmen und Veranstaltungen aus Anlaß bestimmter Jahrestage;
2. Unterstützung und teilweise Finanzierung der sogenannten unabhängigen Kultur, Wissenschaft und Bildung bei gleichzeitiger Gewährung von Möglichkeiten zur Nutzung sakraler Stätten;
3. Organisierung rechtlicher, finanzieller und materieller Hilfe für die Familien von Personen, die wegen politischer Feindseligkeit inhaftiert und verurteilt worden sind;
4. Mißbrauch religiöser Kultstätten zur Verbreitung feindlichen politischen Gedankenguts, Organisierung verschiedener Veranstaltungen und Feiern, darunter religiöser Art, die die Möglichkeit bieten, sich mit Demagogie und antisozialistischer Politik zu befassen.

Wir schätzen ein, daß von insgesamt 22 000 Geistlichen sich etwa 1000 staatsfeindlich betätigen. Die aktivsten von ihnen sind die Bischöfe Tokarczuk, Blaszkiewicz, Andrzejewski, Jaworski, Musiel und Kolodziejczak sowie folgende Pfarrer:

Jankowski in Gdansk, Chojnacki in Krakow, Kardasz in Torun, Boducki in Warschau, Jancaśz und [REDACTED] in Nowa Huta.

Der reaktionäre Teil des polnischen Klerus möchte Polen als "Bollwerk des Christentums" und Hauptzentrum des Katholizismus in Mittel- und Osteuropa sehen. Zwecks Erhöhung ihres Einflusses auf die Bürger bemühen sie sich um die Organisierung von Kinder- und Jugendlagern im Sommer und im Winter sowie von Touristenreisen in das kapitalistische Ausland, und sie inspirieren die Bevölkerung, daß sie heilige Kreuze in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und anderen staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen aufstellt. Von der Kirche werden Klubs geschaffen, künstlerische Zirkel organisiert, Filmvorführungen und Ausstellungen durchgeführt und Theaterstücke inszeniert. Kircheneinrichtungen werden für öffentliche Lesungen genutzt, am häufigsten zu historischen Themen mit tendenziösem Charakter, die von oppositionell eingestellten Wissenschaftlern gehalten werden. In breiter Form werden Messen zugunsten von wegen politischer Feindschaft inhaftierten oder in Untersuchungshaft befindlichen Personen durchgeführt, insbesondere zugunsten von Walesa, Bujak, Michnik und anderen, aber auch für Wissenschaftler und Künstler, die die politische Linie von Partei und Regierung boykottieren. Die Kirche hat das Patronat über die materielle Hilfe des Westens für Polen übernommen.

75 Prozent der Päckchensendungen sind an die Adresse der Kirche gerichtet. Auf demselben Kanal gelangen für die Opposition bestimmte technische Ausrüstungen und Geräte, ausländische Valuta und Propagandamaterialien nach Polen. Die Kirche versteht sich als Beschützer der sogenannten "Bürger- und Menschenrechte", steht auf der Seite der Opposition und unterstützt ihre Forderungen: Freilassung der politischen Gefangenen, was als wichtiges Argument zum Abschluß eines Abkommens zwischen Regierung und Gesellschaft bei der Anbahnung eines guten Verhältnisses gilt.

Die Tätigkeit und die politische Arbeit der Kirche in der VRP geht von der katholischen gesellschaftspolitischen Doktrin sowie von den vom Vatikan erlassenen Direktiven aus. Ihr Hauptziel besteht in der Förderung des Einflusses des Katholizismus bei einer gleichzeitigen Unterstützung korrekter Beziehungen mit der Regierung, ohne die Situation zuzuspitzen.

Große Bedeutung mißt die polnische Kirche dem 1987 geplanten dritten Polen-Besuch des Papstes bei, wobei man davon ausgeht, daß dieser Besuch die Position der Kirche in der VRP weiter festigen wird.

Angesichts des bestehenden Fanatismus unter einem Teil der Gesellschaft ist die Bekämpfung der oppositionellen Tätigkeit der Kirche keine einfache Aufgabe. Diese Schwierigkeit wird von den Sicherheitsorganen in ihrer Arbeit berücksichtigt. In der Regel führen die Sicherheitsorgane den Kampf gegen den reaktionären Teil der Kirche unter Anwendung des Prinzips der Nichteinmischung und Respektierung der religiösen Freiheiten. Hauptsächlich setzen wir unsere Propaganda sowie vorbeugende und administrative Maßnahmen ein.

Wir inspirieren Kampagnen, die die politisch schädliche Tätigkeit der polnischen Geistlichen und ihr moralwidriges Verhalten aufzeigen, zum Beispiel Erscheinungen von Alkoholmißbrauch, sowie ihres luxuriösen Lebensstils. In einigen Fällen empfehlen die Sicherheitsorgane, keine Baugenehmigungen für die Kirche zu erteilen. Wir führen mahnende Gespräche mit den Bischöfen und polnischen Geistlichen auf unterschiedlichen Ebenen, häufig mit sehr guten Ergebnissen. Jegliche Faktoren einer über das Religiöse hinausgehenden Tätigkeit der Kirche werden von uns dokumentiert, und die Verwaltung für Fragen der Konfession macht davon der Leitung des Episkopats und dem Primas von Polen Mitteilung. Die kirchlichen Behörden reagieren in einigen Fällen auf unsere Informationen und zugeleiteten Argumente, die feindliche Aktivitäten von seiten Geistlicher belegen. Daraufhin wurden bereits

mehrere Geistliche in eine andere Kirchgemeinde versetzt, man verbot ihnen öffentliche Auftritte oder wandte andere Strafmaßnahmen an. In einigen Fällen sind die staatlichen Behörden auch bestrebt, die Kirche zur Mitarbeit bei der Bekämpfung negativer gesellschaftlicher Erscheinungen zu gewinnen, beispielsweise im Kampf gegen Alkoholmißbrauch und Drogensucht sowie bei der Hilfe für Schwerkranke und Behinderte.

Werte Genossen!

Die fortschreitende Normalisierung des gesellschaftspolitischen Lebens, die Festigung der staatlichen Strukturen und der gesellschaftlichen Disziplin sowie die Verbesserung der Wirtschaftslage ermöglichten die Verabschiedung des Gesetzes vom 17. Juli 1986 durch den Sejm, das die Verantwortlichen für einige Straftaten betrifft. Gemäß diesem Beschluß wurden 225 Personen vorfristig freigelassen, die wegen sogenannter nichtkrimineller Straftaten in Untersuchungshaft genommen worden waren bzw. die bestimmten Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit unterlagen.

Mit der vorfristigen Freilassung ging eine landesweite Kampagne einher mit dem Ziel der Liquidierung der Gruppen, ohne gegen sie Repressivmaßnahmen anzuwenden.

Am 11. September 1986 führten die Sicherheitsorgane vorbeugende Gespräche mit über 3000 Angehörigen von etwa 280 Gruppierungen und Strukturen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen durch.

Von fast 1000 Personen wurde erklärt, daß sie ihre illegale Tätigkeit einstellen, was sie entsprechend auch unterschrieben. Von diesen 1000 erklärten sich 255 Personen bereit, im Rahmen des Gesetzes vom 17. Juli 1986 aus dem Untergrund zu treten. Im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen wurden 218 Gruppen liquidiert. In 46 Fällen wurden freiwillig Hilfsmittel und Gegenstände übergeben, die zur Durchführung ungesetzlicher Tätigkeit benutzt wurden. Diese Aktion führte zu einer bedeutenden Verringerung der

Zahl der illegalen Strukturen. Das Gesetz vom 17. Juli nahmen über 800 Personen in Anspruch, des weiteren haben sich 400 Personen freiwillig selbst gestellt.

Die von uns durchgeführte Aktion zur Ermittlung von Personen und illegalen Strukturen mit konspirativem Charakter stieß auf eine positiven Widerhall unter der Öffentlichkeit. Der politische Gegner reagierte auf andere Weise. Diese Aktion führte zu großer Aufregung unter der sogenannten Opposition. Sie war Anlaß für ein Chaos und einen organisatorischen Zerfall sowie für eine Atmosphäre gegenseitiger Verdächtigungen und Mißtrauens. Andererseits rief die Kenntnis von der Aktion und die Exaktheit ihrer Durchführung bei vielen Zweifel am Sinn weiterer staatsfeindlicher Tätigkeit hervor. Die führenden Köpfe der Opposition bemühten sich um die Erarbeitung einer neuen Taktik. Es fanden eine Reihe von Konsultationen und Treffs statt, zum Beispiel am 14. und 29. September in Gdansk, am 19. und 26. September in Warschau und am 21. September in Czestochowa.

Bei diesen Zusammenkünften kam es zu einer Teilung in Befürworter eines schrittweisen Abgehens von der Untergrundarbeit und eines Übergehens zu halblegalen und legalen Formen der Tätigkeit im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Diese Konzeption vertraten die Angehörigen der ehemaligen KSS/KOR Kuron und Litynski.

Für ein Fortbestehen des "Untergrundes" und die Fortsetzung des Kampfes mit Versuchen zur Suche nach Formen seiner gesetzlichen Verankerung (und nur dann Aufhebung des "Untergrundes") sprechen sich die Mitglieder des Provisorischen Koordinierungsausschusses und Lech Walesa aus.

Am 29. September 1986 informierte in Gdansk eine Gruppe von Oppositionellen westliche Journalisten über die Bildung eines sogenannten "Provisorischen Rates der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität". Ihm gehören 7 Personen an, darunter Bujak und Walesa.

Die Gründung dieses Rates hat bislang kein großes Interesse der Öffentlichkeit hervorgerufen. Einige Arbeitskollektive werteten diese Initiative als Versuch zur Einführung des gewerkschaftlichen Pluralismus, verhalten sich ihr gegenüber mißtrauisch und verweigern ihre Unterstützung. Analog zu diesen Haltungen sind auch die ablehnenden Reaktionen eines Teils der Arbeiter auf die Versuche der führenden Oppositionellen, sich erneut in Szene zu setzen.

Den Vorschlag Jedynaks, eines ehemaligen Mitglieds des Provisorischen Koordinierungsausschusses, kommentierte beispielsweise ein Teil der Belegschaft des Schachtes "30. Jahrestag der VRP" auf folgende Weise: "Was suchen die denn schon wieder hier...", "Warum geben sie keine Ruhe..." und "wieder werden sie den Frieden stören...".

Im Zusammenhang mit der Bildung des sogenannten Provisorischen Rates der unabhängigen Gewerkschaft Solidarität ergriffen die Sicherheitsorgane und die administrativen Behörden energische Maßnahmen. Die Mitglieder des Rates erhielten eine Aufforderung, zu einer Aussprache in den administrativ-juristischen Abteilungen der Wojewodschaften zu erscheinen, in der sie auf die Ungesetzlichkeit der Existenz dieser Gruppe aufmerksam gemacht wurden. Die weitere Tätigkeit wurde durch ein Gesetz untersagt. Mehrere Mitglieder des Rates unterschrieben das Protokoll, daß sie die Mahnung zur Kenntnis genommen haben. Die Handlungen der Mitglieder des Rates ließen schließlich darauf hinaus, westlichen Journalisten in Interviews über die mit ihnen geführten Gespräche zu berichten.

Die Sicherheitsorgane üben eine ständige Kontrolle über das Verhalten der aus der Haft entlassenen Personen aus, und sie neutralisieren provokatorische antisozialistische Maßnahmen und lösen derartige Erscheinungsformen auf. Der Begnadigungsakt gegenüber den Oppositionellen bedeutet nicht die Zustimmung zu einer weiteren Feindseligkeit. Wie der 1. Sekretär des ZK der PVAP

W. Jaruzelski auf der Wojewodschaftskonferenz in Zielona Gora erklärte, haben jegliche Versuche illegaler, antisozialistischer Handlungen keine Chancen auf Erfolg. Diese Position bekräftigte die Regierung der Volksrepublik Polen. Der Regierungsverantwortliche für Presseangelegenheiten hat entschlossen und unmißverständlich erklärt, daß jeder, der staatsfeindlich tätig wird, mit der Härte des Strafgesetzbuches rechnen muß.

Schlußfolgerungen

1. Anhand ihrer eigenen Erfahrungen konnten sich die konterrevolutionären Kräfte davon überzeugen, daß Versuche zur Schürung gesellschaftlicher Unruhen in einzelnen sozialistischen Staaten bisher ineffektiv waren. Deshalb entwerfen sie eine Konzeption zur Entwicklung antisozialistischer Aktivitäten auf übernationaler und Koalitionsbasis, um im geeigneten Moment bei entsprechenden Bedingungen einen Konflikt nicht nur in einem Land, sondern gleichzeitig in mehreren sozialistischen Staaten herbeizuführen. Mehrere westliche Staaten, insbesondere die USA, begünstigen diese Handlungskonzeption der anti-kommunistischen Kräfte.
2. Wir halten ein weiteres Zusammenwirken im Kampf gegen trotzkistische, nationalistische, terroristische und pseudopazifistische Bewegungen unter Berücksichtigung der Erfahrungen und der praktischen gegenseitigen Unterstützung der Bruderorgane für erforderlich.
3. Wir halten es für angebracht, gemeinsam Bestrebungen und den Druck der inneren und äußeren antisozialistischen Kräfte entgegenzuwirken, die mit verschiedenen Methoden versuchen, ihre oppositionelle Tätigkeit zu legalisieren.
4. Wir schätzen ein, daß gegenwärtig den Schwerpunkt des Kampfes nach wie vor die ideologische und die politische Sphäre bilden.

Die führende Rolle spielen dabei die ideologischen Diversionen, die sich Losungen des Kampfes für die Menschenrechte sowie für den ideologischen und politischen Pluralismus bedienen.

Im Kampf gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung setzen sie immer stärker auf die Konzeption pazifistischer und ökologischer Bewegungen.

Wir wünschen uns eine Fortsetzung und eine weitere Vervollkommnung des Zusammenwirkens und des Informationsaustausches zwischen den Sicherheitsorganen der sozialistischen Bruderländer. Wir sind für eine weitere Fortsetzung der Arbeitstreffen unserer Organe.